

ePub^{WU} Institutional Repository

Andreas Novy

Parteien in Zeiten des Umbruchs

Article (Published)
(Refereed)

Original Citation:

Novy, Andreas [ORCID: https://orcid.org/0000-0001-8292-9777](https://orcid.org/0000-0001-8292-9777)

(2018)

Parteien in Zeiten des Umbruchs.

Kurswechsel, 1.

pp. 120-125. ISSN 10168419

This version is available at: <https://epub.wu.ac.at/6366/>

Available in ePub^{WU}: June 2018

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

This document is the publisher-created published version.

Aktuelle Debatte:

Schwarz-Blau II: National reden, unsozial handeln

Parteien in Zeiten des Umbruchs

Andreas Novy

Die österreichische Nationalratswahl 2017 ist ein weiteres Indiz, dass sich die europäischen Gesellschaften in einem grundlegenden Umbruch befinden. Spätestens seit der Finanzkrise 2008, der sich verbreitenden Einsicht in den spürbar stattfindenden Klimawandel und den sich ändernden weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnissen dämmert es immer mehr Menschen im reichen Westen, dass die Zukunft nicht zwangsläufig besser, ja dass das Leben der Kinder und Enkel schwieriger zu werden droht. Zukunft erscheint dann nicht als Versprechen, sondern als Bedrohung, vor der es sich zu schützen gilt. Die real stattgefundenen Entwicklungen nach der Finanzkrise 2008 haben die Hoffnungen der Linken auf kollektive Lösungsstrategien enttäuscht. Vielmehr kam es insbesondere innerhalb der Europäischen Union zu einer Zuspitzung. Mit dem Flüchtlingsdrama sowie dem Umgang mit Griechenland 2015 verschob sich die Reformdebatte innerhalb der EU noch weiter weg von einem solidarisch-ökologischen Europa hin zu Fragen der Sicherheit und einer Vertiefung des Neoliberalismus.

Die Nationalratswahl zeigte, dass sich Österreich diesem europäischen Trend nicht entzieht. Im neu zusammengesetzten Parlament gibt es nicht nur eine satte kulturell-politisch rechtsautoritäre Mehrheit, sondern neoliberale Politik verfügt sogar über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Klimapolitik erscheint irrelevant. Die parteimäßig organisierte Linke ist gefährdet, politisch und gesellschaftlich so marginalisiert zu werden, wie dies in östlichen Nachbarländern schon Wirklichkeit geworden ist. Zusammen kommen Mitte-Links-Parteien auf kein Drittel der WählerInnen – ein trauriger Befund, der eine grundlegende Fehlersuche notwendig macht. Wir leben in Zeiten des Umbruch und dies bringt, so erkannte Antonio Gramsci (1992 ff.: 136) „intellektuelle und moralische Unordnung mit sich“. In solchen Situationen braucht es „nüchterne, geduldige Menschen, ... die sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“ So soll im Folgenden eine nüchterne Analyse Wege wirksamen politischen Handelns ausloten, wie die stattfindenden Umbrüche friedlich, solidarisch und ökologisch gestaltet werden können.

Linke politische Theorie hat im Gefolge der 1968er Bewegung den Begriff des Politischen erweitert. Die Politisierung des Alltags überwand die Reduktion von Politik auf Parteien, Parlament und Regieren. Politisch handeln umfasst demnach auch das Feld kultureller Hegemonie, von der Selbstorganisation bis zur Politisierung der Geschlechterverhältnisse. Dieser erweiterte Politikbegriff der Neuen Linken führte in Österreich in den 1980er Jahren zur Gründung der Grünen als Partei. Sie experimentierte mit einer basisdemokratischen Organisationsform, in der die Parteiarbeit vom (gesellschaftlichen) Standbein bestimmt wesentlich durch das (parlamentarische) Spielbein umgesetzt wird. In den darauffolgenden Jahren kamen politische Innovationen vor allem aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich: Anfangs waren es Bürgerinitiativen, die sich gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung wandten, und soziale Bewegungen, die „von unten“ für Frieden,

Umwelt und Frauenrechte aktiv wurden. Später kam die Antiglobalisierungsbewegung hinzu, gefolgt von der Occupy-Bewegung und der Solidaritätsbewegung mit Schutzsuchenden. Auch die institutionellen Vorschläge für mehr Demokratie und Beteiligung zielen auf die Beschränkung staatlicher Macht, darauf, Parteien zu ersetzen und Individuen zu ermächtigen – sei es durch direkte Demokratie oder Formen der Bürgerbeteiligung.

An sich ist die Einschränkung der Macht der Parteien, alleine und „von oben“ über das Politische zu bestimmen, begrüßenswert. Doch der daraus resultierende Fokus auf individuelle Ermächtigung entpuppt sich immer deutlicher als Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Es geriet aus dem Blick, dass Politik kollektives Handeln braucht und kollektive Organisationsformen, die auch in Parlamenten Interessen vertreten, nicht ersetzbar sind. Die Krise der Demokratie in den westlichen Gesellschaften ist verwoben mit der Durchsetzung einer individualisierenden Lebensweise und der damit verbundenen Skepsis gegenüber Organisationen und Institutionen. Gewerkschaften, Parteien und öffentliche Verwaltungen sind manchmal träge, aber eben auch handlungsfähige Apparate, um kollektive Interessen gegen Individualinteressen durchzusetzen. Und genau deshalb – und nicht wegen der diesen Institutionen innewohnenden Ineffizienzen – werden sie nicht nur von Neoliberalen konsequent bekämpft. Demokratie ist nämlich, das erkannte schon John Stuart Mill (1985), tendenziell auch die „Tyrannei der Mehrheit“. Liberale aller ideologischen Richtungen achten daher stets darauf, den Wirkungsbereich von Politik und Staat einzuschränken. So wünschenswert dies beim Schutz von Nonkonformismus und Privatsphäre ist, so problematisch ist es, wenn mit Gesetzen und Steuern ein demokratisches Gemeinwesen geschaffen werden soll. Im aktuellen liberalen Zeitgeist, wie er sich unter neoliberaler Vorherrschaft etabliert, droht die individuelle Freiheit über die Demokratie zu siegen, indem erstere als Marktfreiheit definiert in der Freiheit der Stärkeren mündet, während letztere auf illegitimen kollektiven Zwang reduziert wird: „Freie Fahrt für freie Bürger“ steht dann über demokratisch legitimer Mobilitätspolitik.

KonsumentInnen statt BürgerInnen.

Immer mehr Menschen konsumieren Politik, verstehen „die Politik“ als etwas Äußerliches, Fremdes, dessen Macht es zu begrenzen gelte, und sehen sich vorrangig als KonsumentInnen am Wählermarkt, wo sie ihre Freiheit entfalten können: In der Wahlzelle wird oft beim wenigst schlechten Angebot ein Kreuz gemacht. Im Extremfall wird Stimmenthaltung zu einer Form der Konsumverweigerung. Als KonsumentIn von Politik erspart man sich die Auseinandersetzung, Streit und Konfrontation von Interessen und muss sich die Hände nicht schmutzig machen bei Besetzung von Landepisten oder bei Kompromissen zur Mindestsicherung. Doch es ist eine Illusion zu meinen, Demokratie gebe es zum Nulltarif. Indem das Austragen von Konflikten und die Ausgestaltung von Kompromissen an andere delegiert werden, setzen sich tendenziell die aktuell Mächtigen durch. So schreitet die Konzentration von wirtschaftlicher, medialer und politischer Macht voran und etabliert sich eine – von Brand und Wissen als imperial bezeichnete – Lebensweise, in der individuelle Freiräume und Konsumchancen maximiert werden (Brand and Wissen, 2017; Novy, 2017a). Weil Sachzwänge als alternativlos akzeptiert werden, reduziert sich der Anspruch an Politik darauf, in Ruhe gelassen zu werden. Das Wahlrecht wird unter diesen Rahmenbedingungen genutzt, das Erworbene und Bestehende abzusichern. Das muss nicht den Rückzug ins Biedermeier bedeuten, sondern kann auch zur Hinwendung zu gemeinschaftlichen Initiativen mit Gleichgesinnten führen, sei dies das Engagement

im Sport- und Kulturverein oder karitativer Hilfe. Auch dies wirkt entpolitisiert, wenn auf diese Weise die Konfrontation mit Andersdenkenden und Menschen anderer Wertehaltungen und Interessen vermieden wird.

Die Europäische Union hat diesem Zeitgeist die liberale Verfassung einer Marktgesellschaft gegeben, in der nicht nur globale Finanzmärkte europäische Regierungen disziplinieren, sondern die Freiheiten des Binnenmarktes absolut gesetzt werden. Immer größere Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens bleiben dem Zugriff von Mehrheitsentscheidungen entzogen. Wahlen, selbst Volksabstimmungen wie in Griechenland 2015, sind bedeutungslos. Ungarns Regierungschef Orbán propagiert eine illiberale Demokratie. In dieser werden auf zunehmend manipulativere Weise organisierte Mehrheitsentscheidungen benutzt, die staatliche Gewaltentrennung aufzuheben und Opposition und freie Medien mundtot zu machen. Angesichts dieser besorgniserregenden Dynamiken gilt es, bestehende demokratische Institutionen zu verteidigen, was angesichts ihres Legitimationsverlusts nicht einfach ist. Das Beste der liberalen Demokratie müsste aufgehoben, bewahrt werden, und gleichzeitig demokratische Politik neu definiert werden.

Die reaktionär-neoliberale Neudefinition von Politik

Es ist Teil neoliberaler Hegemonie, Politik als Bereich zu sehen, der vom Alltagsleben der Menschen abgesondert ist. Dies fördert die Entfremdung vom kollektiv zu gestaltenden Gemeinwesen. Auch Parteien werden als Teil eines von der Bevölkerung abgehobenen, oftmals korrupten politischen Systems wahrgenommen. PolitikerInnen gelten als eigene politische Klasse, von der sich normale Menschen zunehmend abgestoßen fühlen. Deren wirkliche und vermeintliche Privilegien werden von manchen linken Parteien wie Podemos in Spanien, aber insbesondere von diversen RechtspopulistInnen angeprangert. Der individualistische Zeitgeist beförderte die kulturelle Vorherrschaft autoritären und ausgrenzenden Gedankenguts, auf der das türkis-blaue Regierungsbündnis fußt. Weit entfernt von einem Ende des Politischen erfolgt vielmehr eine Neudefinition, die auf besorgniserregende Weise versucht, neoliberales mit kulturell-reaktionärem Gedankengut zu verbinden.

So positioniert sich die ÖVP unter Sebastian Kurz mit einem neoliberalen Programm der Umverteilung nach oben und der Ausgrenzung nach unten. Flüchtlinge dienen nicht nur als Sündenböcke; die emotional aufgeladene Flüchtlingsdebatte lenkt von den nicht mehrheitsfähigen Programmpunkten der Kurz-ÖVP ab, nämlich ihrer Klientelpolitik für Besserverdienende und den Maßnahmen gegen Hilfebedürftige, und zwar ausdrücklich nicht nur der aus dem Ausland Kommenden. In der Umsetzung dieser Politik verspricht Kurz „Handlungsfähigkeit“, Führungsqualitäten. Die Machtfülle des Chefs soll die Schwierigkeiten umgehen, unterschiedliche Interessen demokratisch unter einen Hut zu bringen. Dass dies widerstandslos von der ÖVP akzeptiert wird, ist Signal für die Tiefe des aktuell stattfindenden Umbruchs. Die Delegation an „den da oben“ ermöglicht, die Konsumhaltung gegenüber Politik beizubehalten, und gleichzeitig das Gemeinwesen wie eine Firma führen zu lassen. Politiker agieren wie Unternehmer.

ÖVP und FPÖ eint ein hierarchisches Gesellschaftsverständnis, wonach vermeintlich die Fleißigen, Anständigen und Besseren berufen sind, oben zu stehen und zu führen. Tatsächlich werden ständische und vererbte Hierarchien stabilisiert. Renten, Zinsen und andere Nicht-Arbeitseinkommen gewinnen gegenüber Lohn und Gehalt an Bedeutung

(UNCTAD, 2017). Die Leistung von PflegearbeiterInnen wird hingegen geringgeschätzt. Bei Bedarf wird diese Ungleichheit produzierende Machtkonzentration mit zunehmend illiberalen Methoden stabilisiert, wie im Umgang mit Opposition, Pressefreiheit und Menschenrechten in Polen, Ungarn und der Türkei zu beobachten ist. Freiheit gibt es dann vorrangig beim Konsumieren und für die „unsrigen“, wie auch immer diese definiert werden. Im Nationalratswahlkampf verkörperten vor allem Schutzsuchende die „anderen“, doch mit der Regierungserklärung wurde klar, dass es der Regierung darum geht, Erworbenes zu sichern und reale und vermeintliche AußenseiterInnen zu sanktionieren. Es ist vorstellbar, dass staatliche Institutionen mit Hilfe des Überwachungsstaats wahlweise auch gegen Linke, liberale DemokratInnen und Andersdenkende vorgehen.

Suche nach neuen Organisationsformen

All dies ergibt einen besorgniserregenden Befund, der keinerlei Dogmatismus und Sektierertum erlaubt. Rasch hat die Linke daraus Konsequenzen zu ziehen. Es braucht (1) eine auf Respekt und Dialog basierende Bündnispolitik als Voraussetzung zur Bearbeitung der Widersprüche (2) zwischen individueller Autonomie und kollektiver Handlungsfähigkeit sowie (3) zwischen kleinen Veränderungsschritten und utopischem Horizont.

Voraussetzung für eine handlungsfähige Linke ist erstens eine auf Respekt und Dialog basierende Bündnispolitik. Wissend um die Stärke der GegnerInnen, die große Teile der wirtschaftlichen, politischen und medialen Macht hinter sich haben, müssen sich die einzelnen Teile der Opposition wieder als Teil einer breiteren Bewegung verstehen und die Zusammenarbeit suchen. Es ist verständlich, wenn Parteien und NGOs ihre jeweilige Besonderheit, ihre Marke, betonen. Doch wichtiger wäre, die jeweiligen Stärken für ein größeres gemeinsames Ziel zu mobilisieren. Es braucht das Bündnis mit liberalen DemokratInnen, um sich gegen Orbans Modell einer illiberalen Demokratie zu stellen. Es braucht das Bündnis mit Konservativen, um Heimat vor der Marktmacht transnationaler Konzerne zu schützen. Doch gleichzeitig braucht es die Einsicht der Liberalen und Konservativen, dass die neoliberale Globalisierung gleichermaßen Demokratie, Sozialstaat und natürliche Lebensgrundlagen untergräbt (Novy, 2017b).

Zweitens geht es um das Spannungsverhältnis zwischen individueller Autonomie und kollektiver Handlungsfähigkeit, Führung und Partizipation. Aufgabe von Parteien ist die Überwindung von Fragmentierung. Statt *single-issue* Mobilisierungen müssen Interessen für ein kohärentes, mehrheitsfähiges Hegemonialprojekt gebündelt werden. Derartige, in der Gesellschaft verankerte Parteien, wie es die Sozialdemokratie in ihren besten Zeiten genau so war wie die Kommunistische Partei Italiens (Magri, 2015), unterscheiden sich von der Jahrhunderte alten Praxis, in Parlamenten Honoratioren, ehrenwerte und wohlhabende Bürger, zu versammeln. Als „Politik der besten Köpfe“ erlebt dieses Politikmodell eine Renaissance – von Macron bis Pilz. Doch die republikanische Verfassung Österreichs aus 1918 fußt auf Parteien, um kollektive Interessen organisiert in die parlamentarische Willensbildung einzubringen. In der von Hans Kelsen konzipierten österreichischen Verfassung vermitteln Parteien zwischen den Interessen von StaatsbürgerInnen und staatlichen Institutionen. Doch genau diese Kompetenz und Legitimität, das Volk zu vertreten, wird ParteipolitikerInnen immer seltener zugesprochen.

Umso dringender brauchen Parteien mit emanzipatorischem Anspruch ein zeitgemäßes Verständnis von Führung und Autorität, das Persönlichkeiten und Organisationsnot-

wendigkeiten nicht gegeneinander ausspielt, sondern Zwang und Konsens in eine konstruktive Spannung bringt (Haug, 2004: 17). Obwohl auch heute erfolgreiche politische Mobilisierung an Führungspersonen hängt – man denke an Sanders oder Corbyn – gib es in vielen linken Gruppen starke antiautoritäre Tendenzen. Doch ist Anitautoritarismus nicht die passende Antwort auf die Gefahren personalisierter Führung und versteinertes Apparate. Gefragt sind zeitgemäße Organisationsformen, wie der Wille von Mehrheiten nicht in Tyrannei entartet; und die Ablehnung von Zwang nicht Solidarität untergräbt.

Schließlich reicht, drittens, der oftmals ermüdende Widerstand gegen Verschlechterungen nicht. So wichtig Demonstrationen gegen rechts und so notwendig in der Van der Bellen-Kampagne die Allianz mit pro-europäischen Neoliberalen war, so ersetzt dies nicht die mühsame Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Utopien. Dazu braucht es eine neue Diskussionskultur und den Willen zur Gestaltung. Dies geht schwer ohne positive Zukunftsentwürfe, ohne einer konkreten Utopie wie zum Beispiel die eines guten Lebens für alle (<http://guteslebenfueralle.org/de/id-5-thesen-fuer-ein-gutes-leben-fuer-alle.html>). Die zugrundeliegende Methodik dieser konkreten Utopie ist die auf eine doppelte Transformation ausgerichtete Kunst, kleine Veränderungen nicht gegen die Erarbeitung einer großen Vision auszuspielen. Dem Prinzip eines Sowohl-als-auch folgend integriert obige konkrete Utopie liberale, sozialdemokratische und ökologische Zielsetzungen. In einem solidarischen und ökologischen Gemeinwesen ginge es um die Wertschätzung des Individuums, von Nonkonformismus und Schutz der Privatsphäre – das kann vom liberalen Gedankengut gelernt werden. Es braucht aber auch die Gewährleistung sozialer Sicherheit – dies die Einsicht aus dem Kampf gegen Faschismus und für die Einführung des Wohlfahrtsstaats. Und schließlich geht es um eine neue Beziehung zur Natur als konstituierendem Teil menschlicher Umwelt.

Eine demokratische Kultur zu schaffen, war das Ziel diverser Reformregierungen im Gefolge der 1968er-Bewegung. Es ging um die Demokratisierung „aller Lebensbereiche“ – von Betrieb, Schule, Universität und Partei. Der aktuelle *Backlash* ist kulturell rückwärtsgerichtet und vermarktet gleichzeitig alle Lebensbereiche. Wenn Wissen, Sorgen und Nachbarschaft zur Ware werden, erodiert der soziale Zusammenhalt. Es braucht neue solidarische und demokratische Organisationsformen. Bernie Sanders zeigte, dass es dazu Führung und Orientierung „von oben“ genau so braucht wie motivierte AktivistInnen und Mitgestaltungsmöglichkeiten „von unten“. Gefragt ist gleichermaßen Begeisterung und Ernsthaftigkeit, aber vor allem die Fähigkeit, mit Widersprüchen umzugehen: Soziale Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig soziale und organisatorische Innovation auszuprobieren; das Gemeinwesen professionell zu gestalten und gleichzeitig den systemkritischen Horizont nicht aus den Augen zu verlieren. Es gibt keinen Königsweg, keine magische Formel, die alle Widersprüche aufhebt. Den Spagat zwischen kleinen Schritten und utopischem Horizont hinzubekommen, wäre die rasch zu erlernende, notwendige Kunst linker Politik.

Literatur

- Brand U. und Wissen M. (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: oikom.
- Gramsci A. (1992 ff.): *Gefängnishefte*, Hamburg: Argument.
- Haug W.F. (2004): Hegemonie. In: Haug W.F. (ed) *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Hamburg: Argument, 2–26.
- Magri L. (2015): *Der Schneider von Ulm*, Hamburg: Argument.
- Mill J.S. (1985): *On Liberty*, London: Penguin Books.
- Novy A. (2017a): Book Review. Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. *OZP – Austrian Journal of Political Science* 46(3): 1–2.
- Novy A. (2017b): Emancipatory economic deglobalisation: a Polanyian perspective | Desglobalização econômica emancipatória: uma perspectiva a partir de Polanyi. *Revista Brasileira de Estudos Regionais e Urbanos* 19(3): 554–575.
- UNCTAD (2017): *Trade and Development Report 2017: Beyond Austerity: Towards a Global New Deal*, Geneva: United Nations.



Mach dich stark!
Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.

www.gpa-djp.at/mitgliedwerden

Rechtsschutz,
Berufshaftpflicht-
versicherung und
viele mehr gibt's
nur als Mitglied.

MIT SICHERHEIT STARK.
GPA **djp**
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER